

Solidarität mit Jürgen Grässlin

Die IPPNW fordert die Einststellung des Ermittlungsverfahrens gegen den bekannten Friedensaktivisten

Kleinwaffen sind – in ihrer Gesamtheit – eine Massenvernichtungswaffe. Die überwiegende Zahl menschlicher Opfer infolge von Gewalt und Krieg geht auf den Einsatz dieser leicht zu bedienenden und transportablen Waffen zurück. Deutschland ist einer der wichtigsten Produzenten und Exporteure von Kleinwaffen, deutsch Gewehre kommen in sämtlichen Konfliktregionen der Welt zum Einsatz. Exportiert wird auch an Staaten, in denen Menschenrechte missachtet werden, sogar die Zurückhaltung beim Export in Konfliktregionen wurde inzwischen aufgegeben. Die an sich strengen Exportrichtlinien haben Deutschland beispielsweise nicht daran gehindert, eine komplette Fabrik zur Produktion von G36 Sturmgewehren an Saudi-Arabien zu verkaufen. Wohin sie von dort aus geliefert werden, kann und wird niemand kontrollieren. Wenn die Richtlinien es dann gar nicht erlauben, wird ein Geschäft schon mal illegal abgewickelt, anscheinend auch mit Unterstützung aus Berliner Ministerien. So jedenfalls ist es in dem Buch „Netzwerk des Todes“ nachzulesen, das Jürgen Grässlin, Daniel Harrich und Danuta Harrich-Zandberg im September 2015 veröffentlicht haben. Die darin abgedruckten Dokumente legen nahe, dass Ministerialbeamte einen illegalen Verkauf von Heckler und Koch Sturmgewehren nach Mexico durch ihre Hilfe erst möglich gemacht haben. Die Papiere liegen auch der Staatsanwaltschaft in Stuttgart vor. Die gleiche Staatsanwalt hat über 5 Jahre gebraucht, um nach einer Anzeige von Jürgen Grässlin gegen die Verantwortlichen des Rüstungskonzerns Anklage zu erheben. Die Ermittlungen gegen die Ministerialbeamten werden nicht weiter verfolgt, die Staatsanwaltschaft sieht wohl „keinen Anfangsverdacht“. Das zu ermitteln hat so lange gedauert, dass die Taten nun ohnehin verjährt wären.

Jetzt wird stattdessen gegen Jürgen Grässlin, Daniel Harrich und Danuta Harrich-Zandberg staatsanwaltlich ermittelt, weil die veröffentlichten Dokumente der Geheimhaltung unterlagen.

In einem demokratischen Rechtsstaat würden wir erwarten, dass die Aufdeckung illegaler Umtriebe begrüßt wird. Umso mehr, wenn der Verdacht besteht, dass staatliche Stellen daran beteiligt sind. Jürgen Grässlin, Daniel Harrich und Danuta Harrich-Zandberg gebührt aus unserer Sicht hierfür Anerkennung. Zu Recht hat Daniel Harrich zusammen mit seinem Team daher für den im gleichen Zusammenhang stehenden Film „Tödliche Exporte“ am 08.04. den renommierten Grimme-Preis erhalten. Der Staat dagegen lässt seinen Anwalt die Vorwürfe gegen Beamte verjähren und ermittelt stattdessen gegen diejenigen, die den Missstand aufdecken. Hier wird aus unserer Sicht der Rechtsstaat auf den Kopf gestellt.

Die deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges / Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW) solidarisiert sich mit den Autoren, die mutig genug waren, die Umstände dieser illegalen Waffenverkäufe offen zu legen. Insbesondere mit Jürgen Grässlin, Träger des Aachener Friedenspreises, verbindet uns eine jahrelange Zusammenarbeit und wir bewundern ihn für seine Unerschrockenheit, mit der er gegen skrupellose Waffenhändler seine Stimme erhebt. Wir fordern, die Ermittlungen gegen Jürgen Grässlin und seine Mit-Autoren einzustellen und stattdessen zu prüfen, ob nicht – angesichts unzureichender Ermittlungen gegen mutmaßlich beteiligte Beamte – der Vorwurf der Strafvereitelung im Amt und der Rechtsbeugung seitens der Staatsanwaltschaft zu erheben wäre.